

EDITORIAL

In der von Resolutionen geprägten Kreistagssitzung wurde die Verabschiedung des Haushaltes regelrecht an den Rand gedrängt. Auf die von der AfD beantragten und von allen Anderen abgelehnten Provokativ-Resolutionen wird an dieser Stelle nicht eingegangen. Wir beschränken uns hier auf die ernst gemeinten und wissenschaftlich haltbaren Initiativen.

Fraktion DIE LINKE. im Kreistag
Fraktionsgeschäftsführer
Dietmar Reitemeyer
Kreishaus, Zi. 66
Reinhäuser Landstr. 4
37083 Göttingen
Tel 05 51-525 2108

dielinke@landkreisgoettingen.de
dielinke-goettingen.de/kreistag

TOP 6.1 - Resolution: Der Landkreis Göttingen erklärt sich solidarisch mit der Ukraine

Aufgrund der aktuellen Situation wurde ein Dringlichkeitsantrag der demokratischen Fraktionen eingebracht, in dem der völkerrechtswidrige Einmarsch in die Ukraine verurteilt wird. Zudem wird die Verwaltung beauftragt, alle nötigen Stellen und Ressourcen des Landkreises zu mobilisieren, um sich auf die Kriegesopfer und vor Krieg fliehenden Menschen vorzubereiten, sie in ihrer Sprache zu informieren, sowie deren Unterbringung und Versorgung sicherzustellen.

Andreas Gemmecke erläuterte dabei für DIE LINKE, dass der Adressat explizit die russische Regierung sei und Frieden auch mit dem russischen Volk gewünscht werde. In der emotional geführten Debatte schien dann leider durch, dass nun eine aggressive Außenpolitik des Westens mit gigantischen Militärausgaben begrüßt werde. Der Resolutionstext aleichwohl konnte einstimmig verabschiedet werden.

TOP6.2 - Resolution: Solidarität mit den Geflüchteten an der polnisch-belarusischen Grenze

Eine weitere interfraktionelle Resolution gab es zur Flüchtlingssituation an der polnisch-belarussischen Grenze. Hier wird die Landesregierung gebeten, umgehend Geflohene aus der Grenzregion Polen-Belarus im Rahmen des jeweils geltenden Landeskontingents aufzunehmen, um einen Beitrag zur Entschärfung der unmenschlichen Situation der Geflohenen zu leisten.

Lediglich das unvermeidliche Gemaule der AfD zur Aufnahme von Flüchtlingen war hier zu vernehmen, der Beschluss erfolgte mit großer Mehrheit.

TOPs 8 + 10 – Energieagentur und Klimaschutz

Sinnvolle Anregungen gab es aus der Mehrheitsgruppe zur Stärkung der Energieagentur Region Göttingen und zur Fortschreibung des Klimaschutzkonzeptes für den Landkreis Göttingen. So soll die Förderung der Energieagentur wie auch des Altbauanierungsprogramms verdoppelt werden. Bei der Fortschreibung des Klimaschutzkonzeptes wird eine Klimaneutralität bis 2035 angestrebt.

Eckhard Fascher begrüßte die Initiative und betonte, bei den Maßnahmen müssten nun alle Bremsen gelöst werden, um den Klimawandel zu stoppen.

TOP 14 – Bestimmung von zwei Naturschutzbeauftragten

Künftig verfügt der Landkreis Göttingen nach diesem Beschluss über zwei Naturschutzbeauftragte, was von der LINKEN begrüßt wurde. Die Kritik der CDU blieb unverständlich und war wohl dadurch motiviert, dass wieder einmal die Interessen „der Eigentümer“ beeinträchtigt werden könnten.

TOP 20 – Haushalt 2022

Über die Haushaltsanträge unserer Fraktion hatten wir bereits berichtet. Nach den Beratungen in den Fachausschüssen, in denen wir uns erwartungsgemäß kaum Gehör verschaffen konnten, fand im Kreistagsplenum die abschließende Debatte statt. Eckhard Fascher wies in seinem Wortbeitrag darauf hin, dass der Haushalt diesmal zwar ausgeglichen sei und stimmte der Senkung der Kreisumlage, der Ausweitung der Investitionen und der Klimaschutzmaßnahmen zu, befürchtete aber, dass durch die geplante gigantische Aufrüstung Deutschlands die Kommunalfinanzen zukünftig in Mitleidenschaft gezogen werden könnten. Begrüßt wurde natürlich unsere Anregung, die Obergrenze von 1,5 Prozent bei den freiwilligen Leistungen fallen zu lassen sowie das punktuelle Entgegenkommen bei unseren Änderungsanträgen. Dagegen blieb das Unverständnis darüber bestehen, dass, gerade auch vor dem Hintergrund des Ukraine-Krieges, keine auch nur darlehensweise Hilfen bei den Energiekosten gewährt werden sollen.

Kritikpunkt blieb die geplante Stelle eines persönlichen Referenten des Landrates. Hier wies Eckhard Fascher darauf hin, dass alle früheren Landräte ohne eine solche Stelle ausgekommen seien und eine Beamtenstelle mit hohen Kosten verbunden sei. Harm Adam (CDU) störte sich vor allem an der Entfristung der Stellenausschreibung mit Blick auf die „voraussichtliche Abwahl“ des Landrates bei der nächsten Kommunalwahl. Kritik löste auch der Umgang mit den Anträgen der „Opposition“ aus. Habe der Landrat zu Beginn der Wahlperiode noch für ein „neues Miteinander“ plädiert, seien nun Vorschläge, die nicht aus der Mehrheitsgruppe kamen, abgebügelt worden.

Die Redner der Mehrheitsgruppe, allen voran SPD-Fraktionschef Heinze, taten sich vor allem durch langatmige Aufzählungen hervor, was man denn alles Gutes tue. Dass dies insbesondere für die oberen Gehaltsgruppen in der Verwaltung gilt, war dann nicht nur für DIE LINKE ein wichtiger Kritikpunkt. Der Haushalt wurde von uns